

EIDGENÖSSISCHE WAHLEN 2019:

WICHTIGE WAHL RETTUNG DES



||||| TEXT: BEAT KOHLER

Am 20. Oktober 2019 wählen die Schweizer Wahlberechtigten ein neues Parlament. Der 200-köpfige Nationalrat und die 46 Mitglieder des Ständerats werden kantonsweise neu bestellt. Das Gerangel um die Positionen hat längst begonnen. Und obwohl die heisse Phase des Wahlkampfes erst noch ansteht, hat sich bereits jetzt ein Thema herausgeschält, mit dem die meisten Parteien – bisher abgesehen von der Schweizerischen Volkspartei – bei den Wählerinnen und Wählern punkten wollen: der Kampf gegen die Klimakrise. Das kommt nicht von ungefähr. Grüne und Grünliberale konnten mit dieser Agenda

bei den letzten kantonalen Wahlen punkten. Gemäss dem letzten Wahlbarometer der SRG ist eine ähnliche Entwicklung im Herbst möglich. Grüne würden auf Kosten der SVP leicht zulegen. Auch bei den Europawahlen hat sich gezeigt, dass nebst ganz rechten Gruppierungen vor allem die Grünen auf dem Vormarsch sind. In Deutschland erreichten sie über 20 Prozent – bei den Wählerinnen und Wählern unter 30 Jahren waren es sogar weit über 30 Prozent. Das hat in erster Linie mit dem erstarkten Bewusstsein für die Klimakrise zu tun, das mit den Klimastreiks der Jugend deutlich zugenommen hat. Ein zentraler Punkt im Kampf gegen den Klimawandel ist der Umbau der Energiesysteme weg von fossilen, hin

FÜR DIE KLIMAS



Foto: Beat Kohler

HINSICHTLICH DER EIDGENÖSSISCHEN WAHLEN POSITIONIEREN SICH DIE PARTEIEN IN BEZUG AUF IHRE KLIMAPOLITIK UND DAMIT AUCH AUF IHRE KÜNFTIGE ENERGIEPOLITIK. DA DIE WEITERE BEHANDLUNG DES CO₂-GESETZES ANSTEHT, MÜSSEN DIE PARTEIEN POSITION BEZIEHEN. DAS MACHT DIE WAHLEN IM HERBST ZU KLIMAWAHLEN. DESHALB HABEN WIR DIE PARTEISPITZEN GEFRAGT, WIE SIE ES MIT DER ENERGIEWENDE UND DEN ERNEUERBAREN ENERGIEN HALTEN.

Abgesehen von der SVP wollen alle Parteien die neuen erneuerbaren Energien rasch ausbauen.

zu erneuerbaren Energien. Deshalb hat diese Zeitschrift den Spitzen der grossen Parteien hinsichtlich der anstehenden Wahlen drei grundsätzliche Fragen gestellt: Wie ihre Partei zur Energiewende und zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien steht, ob es einen rascheren Umbau der Energiesysteme braucht und wie dieser bewerkstelligt werden soll, und zu guter Letzt, welche Rolle der Staat künftig im Energiemarkt übernehmen soll.

«SONNENKRAFT AN!»

Viele schreiben sich die bisherigen Erfolge im Kampf für eine Energiewende auf die eigenen Fahnen und wollen damit punkten. «Die BDP hat als erste bürgerliche Partei

einen geordneten Atomausstieg gefordert und seither die Energiewende immer wieder mitgestaltet und selbstverständlich mitgetragen. Wir betrachten den Ausbau der erneuerbaren Energien gleichermassen als ökologische Notwendigkeit und als ökonomische Chance – insbesondere auch für die KMU in diesem Land», erklärt beispielsweise Martin Landolt, Präsident der BDP, gegenüber dieser Zeitschrift. Noch klarer liegt der Fall für die Grünen. «Die Grünen sind die Partei der Energiewende. Atomausstieg und Klimaschutz, erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind im Kern unseres politischen Programms», sagt die Präsidentin der Grünen, Regula Rytz. Mit der Atomausstiegsinitiative, welche einen Ja-Stim-

men-Anteil von rund 46 Prozent geholt hat, hätten die Grünen erst den Weg für die Energiestrategie 2050 geebnet. «Doch die Umsetzung stockt», moniert Rytz. Aus Sicht der Grünen muss der Ausbau der erneuerbaren Energien mit Nachdruck vorangetrieben werden. «Konkret soll die Bremse bei der Förderung der Erneuerbaren endlich gelöst und die Warteliste bei der Photovoltaik abgebaut werden», fordert deren Präsidentin: «Sonnenkraft an – Atomkraft aus!» Als Ergänzung sieht sie die Windenergie und Biogasanlagen. Ihre Forderungen decken sich mit denjenigen der Sozialdemokraten. «Es braucht eine massive Beschleunigung des Zubaus erneuerbarer Energien», erklärt SP-Fraktionschef Roger Nordmann, Präsident von Swissolar. Denn es gelte nicht nur den Wegfall des Atomstromes auszugleichen, sondern es brauche zusätzlichen Strom für die Dekarbonisierung der Mobilität und der Gebäude. «Die Produktion mit erneuerbaren Energien muss stark ausgebaut werden», fordert auch der Präsident der GLP, Jürg Grossen: «Wir unterstützen eine wirksame Energie- und Klimapolitik, das gehört zur DNA der glp und war immer einer der Schwerpunkte grünliberaler Politik.» Für die Grünliberalen ist die Energie- und Klimapolitik eines von drei Kernthemen für den Wahlkampf 2019. «Es ist Zeit die Umwelt und das Klima zu schützen», lautet ihr Slogan.

FDP BEWEGT (LEICHT), SVP STEHT

Bei den Freisinnigen ist bezüglich der Klimapolitik und damit auch bezüglich der Energiewende seit Anfang Jahr eine grosse Diskussion im Gang. Die Partei sucht nach Positionen, die von ihrer Basis mitgetragen werden. Am 22. Juni werden die Delegierten der FDP Beschlüsse zu den Positionen der Partei zu Umwelt- und Klimafragen fällen, die von verschiedenen Medien bereits als alter Wein in neuen Schläuchen bezeichnet wurden. Die Diskussion angestossen hat die Parteipräsidentin Petra Gössi. Für sie ist klar: «Die Energiewende ist mittlerweile wenig bestritten und muss entsprechend auch vorangetrieben werden.» Niemand fordere ernsthaft neue fossile Kraftwerke. «Die erneuerbaren Energien sollen entsprechend ausgebaut werden», sagt sie gegenüber dieser Zeitschrift. Sie erklärt auch, wie sie sich das konkret vorstellt. Als Präsidentin der Liberalen will sie dabei möglichst auf den Markt setzen und gute Rahmenbedingungen schaffen nach Ablauf der Anschubfinanzierung über die kostendeckende Einspeisevergütung. «So können die erneuerbaren Energien sich auch am Markt beweisen», so Gössi. Gerhard Pfister, Präsident der CVP, kann der Diskussion in der FDP nichts abgewinnen. Einen scharfen Kurswechsel der FDP-Spitze in der Klimapolitik findet er nicht glaubwürdig, wie er gegenüber der Basler Zeitung erklärte. Für die CVP sei der Klimaschutz aus einer konservativen Warte wichtig, was aber medial nicht wahrgenommen werde. «Wir bieten kein Spektakel, nur weil gerade Wahlen sind», so Pfister. Die CVP sei nicht erst seit der Energiestrategie 2050 und dank unserer damaligen Bundesrätin Leuthard gut auf Kurs in diesem Thema. Es sei das einzig Richtige, auf einheimische und erneuerbare Energie zu setzen und die Schweiz nicht in Abhängigkeit von Importstrom zu bringen. Es müssten notwendige Anreize gesetzt werden, um in nachhaltigen und

einheimischen Wasser-, Solar- und Windstrom zu investieren und die hiesige Wirtschaft zu stärken, heisst es bei der CVP. Bei der SVP hat man bisher die Sorgen ums Klima als nichtig dargestellt. «Das Modethema Klima geht wieder vorbei», erklärte beispielsweise Altbundesrat Christoph Blocher. «Aus ökologischer Sicht weist der heutige Strommix gewichtige Vorteile auf: Wasserkraft, Kernenergie und erneuerbare Energien erzeugen praktisch 100 Prozent des Schweizer Stroms», so SVP-Parteipräsident Albert Rösti auf Anfrage. Mit der Stromversorgung werde es in naher Zukunft aber eng, der Schweiz drohe ein Blackout. Eine Strommangellage sei die derzeit grösste Gefahr für die Schweiz. Für Rösti ist klar: «Es wird nicht gelingen, die Schweizer Kernkraft mit erneuerbaren Energien zu ersetzen.» Die SVP befürworte den Erhalt und den Ausbau der inländischen Stromproduktion, insbesondere der Wasserkraft. Hingegen bekämpfe sie die «teure, wirtschaftsschädigende, ideologische und einschränkende Energiepolitik» auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene. Die SVP setzt auf private Forschung und Realisierung von Projekten, um die verschiedenen Technologien weiterzuentwickeln. «Auch ein AKW der neuesten Generation, das den Strom sicher und weiterhin CO₂-frei liefern würde, ist eine Option», so Rösti.

SCHULDZUWEISUNGEN

Für die SVP braucht es also in erster Linie nicht einen Umbau des Energiesystems, sondern einen Neubau des bestehenden Systems. Mit dem altersbedingten Wegfall der Schweizer AKW würden rund 25 TWh Bandenergie wegfallen, mahnt Rösti. Diese Produktion stelle vor allem im Winter einen substantziellen Anteil dar. Um die Unabhängigkeit vom Ausland zu verbessern, müsse die inländische Produktion ausgebaut werden. «Dazu braucht es aber Strom, der jederzeit und bei allen Witterungsbedingungen verfügbar ist», so Rösti. Diese Voraussetzungen könnten neben den fossilen Energieträgern nur die Wasser- und die Kernkraft erfüllen. «Da gesetzlich die bestehenden Kernkraftwerke in der Schweiz nicht ersetzt werden dürfen, sind vor allem die Rahmenbedingungen für die Nutzung von Wasserkraft klar zu verbessern», so Rösti. Bei den anderen Erneuerbaren sieht er zu viel Widerstand sowie auch bei der Saisonspeicherung: «Das Speichervolumen aller Stauseen reicht nicht aus, um Solarstrom für mehrere Monate vom Sommer in den Winter zu verlagern. Hierzu wäre eine Erhöhung um 30 Prozent notwendig.» Investitionen in die Wasserkraft würden wegen der unsicheren Lage verzögert oder gar nicht mehr getätigt. Die Schuld sieht er bei den neuen erneuerbaren Energien, welche «hochsubventioniert» seien. Dies obwohl von den 2,3 Rappen/KWh Netzzuschlag lediglich 0,2 Rappen/KWh in die Einmalvergütung für PV-Anlagen fliessen. 0,43 Rappen/KWh kommen der Wasserkraft zugute, und von den 1,2 Rappen/KWh, die für die kostendeckende Einspeisevergütung vorgesehen sind, fliesst ebenfalls ein grosser Teil in die Kleinwasserkraft und nicht in die Solar- oder Windenergie. Für Rösti sollen aber Private in diesem Bereich forschen und investieren «ohne neue Subventionen oder Abgeltungen».